

Finanzcontrolling (FiCo) der Stadt Essen

Bericht zum Prognosestichtag 30. September 2023
(FiCo III/2023)

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung.....	3
2.	Aktuelle Haushaltsentwicklung 2023.....	3
2.1	Ordentliches Ergebnis.....	6
2.2	Finanzergebnis.....	8
2.3	Entwicklung der COVID-19- und Ukraine-Krieg-bedingten Haushaltsbelastungen	8
2.4	Beteiligungsergebnis	10
3.	Ergebnisprognosen der Geschäftsbereiche.....	11
3.1	Geschäftsbereich OB [Oberbürgermeister].....	11
3.2	Geschäftsbereich 1 [Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung].....	13
3.3	Geschäftsbereich 2 [Finanzen].....	15
3.4	Geschäftsbereich 3 [Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung]	18
3.5	Geschäftsbereich 4 [Jugend, Bildung und Kultur]	21
3.6	Geschäftsbereich 5 [Soziales, Arbeit und Gesundheit].....	23
3.7	Geschäftsbereich 6 [Umwelt, Verkehr und Sport]	27
3.8	Geschäftsbereich 7 [Stadtplanung und Bauen].....	29

1. Vorbemerkung

Der vorliegende Quartalsbericht stellt eine Prognose über das voraussichtliche Jahresergebnis 2023 auf Basis der zum Stichtag 30. September 2023 gebuchten Geschäftsvorfälle und sonstigen Erkenntnisse der Fach- und Geschäftsbereiche dar.

Die KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchendenaufnahme trat am 31. Dezember 2022 außer Kraft. Somit entfallen die Berichtspflichten über Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Schutzsuchenden aus der Ukraine gegenüber der Aufsichtsbehörde. Aufgrund der Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Essen wird hierzu unter Ziffer 2.3 dennoch berichtet.

Die internen Leistungsbeziehungen (ILB) werden nicht betrachtet, da diese – bezogen auf das Gesamtergebnis – haushaltsneutral und ausgeglichen sind.

Die geschäftsbereichsbezogenen Ergebnisprognosen und -erläuterungen (vgl. Ziffer 3) basieren auf dem „Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit“ (Zeile 22 der Teilergebnisrechnung).

2. Aktuelle Haushaltsentwicklung 2023

Der Rat der Stadt Essen hat mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2023 im Ergebnisplan einen Jahresüberschuss i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro beschlossen. Nach Übertragung von sachlich unabweisbaren Aufwandsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2022 – sog. Ermächtigungsübertragungen – verringert sich der fortgeschriebene Plan-Jahresüberschuss 2023 auf rd. 0,7 Mio. Euro.

Zum aktuellen Berichtsstichtag wird ein **Jahresüberschuss i. H. v. rd. 8,4 Mio. Euro** prognostiziert.

Die Haushaltsbelastungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine werden auf rd. 13,0 Mio. Euro beziffert. Saldiert mit den isolierungspflichtigen COVID-19-Erträgen und -Aufwendungen ergibt sich aktuell eine zu aktivierende Bilanzierungshilfe i. H. v. rd. 9,9 Mio. Euro (vgl. Ziffer 2.3).

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	davon Corona- bedingt	davon Ukraine- bedingt	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.012.728.000	1.012.728.000	1.100.325.923	0	0	87.597.923
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.053.884.110	1.053.884.110	1.117.188.321	10.262.023	18.198.766	63.304.210
3	+ Sonstige Transfererträge	37.308.429	37.308.429	36.619.625	0	0	-688.804
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	385.685.253	385.685.253	383.937.888	0	960.000	-1.747.365
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	27.466.142	27.466.142	26.772.335	0	0	-693.807
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	940.777.568	940.777.568	946.430.439	0	43.491.480	5.652.871
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	118.888.378	118.888.378	132.705.449	2.119.444	830	13.817.071
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	5.893.045	5.893.045	5.887.620	0	0	-5.425
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	3.582.630.926	3.582.630.926	3.749.867.600	12.381.467	62.651.075	167.236.674
11	- Personalaufwendungen	598.230.031	598.230.031	603.934.589	227.460	4.511.570	5.704.558
12	- Versorgungsaufwendungen	119.837.801	119.837.801	122.831.475	0	0	2.993.674
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	465.626.006	466.658.196	517.676.300	517.556	5.983.863	51.018.104
14	- Bilanzielle Abschreibungen	93.854.008	93.854.008	109.630.798	0	0	15.776.790
15	- Transferaufwendungen	2.090.498.592	2.090.498.592	2.169.727.797	4.491.449	62.886.369	79.229.206
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	183.604.556	183.605.389	203.162.087	4.069.419	2.226.609	19.556.698
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.551.650.993	3.552.684.017	3.726.963.047	9.305.884	75.608.411	174.279.030
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	30.979.933	29.946.909	22.904.553	3.075.584	-12.957.336	-7.042.356
19	+ Finanzerträge	33.013.758	33.013.758	41.701.588	0	0	8.687.830
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufw.	62.210.942	62.210.942	56.177.208	0	0	-6.033.734
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-29.197.184	-29.197.184	-14.475.620	0	0	14.721.564
22	= Ergebn. der lfd. Verw.tätigkeit (=18+21)	1.782.749	749.724	8.428.932	3.075.584	-12.957.336	7.679.208
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebn. vor Int. Leist.bez. (= 22 + 25)	1.782.749	749.724	8.428.932	3.075.584	-12.957.336	7.679.208
27	+ Erträge aus int. Leistungsbeziehungen	218.723.814	218.723.814	218.723.814	0	0	0
28	- Aufw. aus int. Leistungsbeziehungen	218.723.814	218.723.814	218.723.814	0	0	0
29	= Ergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	1.782.749	749.724	8.428.932	3.075.584	-12.957.336	7.679.208

Die einzelnen Geschäftsbereiche schließen mit folgenden Ergebnissen der laufenden Verwaltungstätigkeit ab:

Geschäftsbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
Geschäftsbereich 4	-486.462.674	-529.808.562	-43.345.888
Geschäftsbereich 7	-171.370.716	-196.405.318	-25.034.603
Geschäftsbereich 3	-114.539.797	-134.237.532	-19.697.735
Geschäftsbereich 5	-312.562.704	-325.435.127	-12.872.423
Geschäftsbereich 6	-171.547.140	-175.393.761	-3.846.621
Geschäftsbereich OB	-51.444.066	-43.967.637	+7.476.429
Geschäftsbereich 2	-95.486.805	-86.864.785	+8.622.020
Geschäftsbereich 1	-102.689.303	-87.149.686	+15.539.617
Deckungsbudget	1.506.852.929	1.587.691.341	+80.838.412
Ergebnis aus lfd. Verw.tätigkeit	749.724	8.428.932	+7.679.208

In fünf Geschäftsbereichen werden Ergebnisverschlechterungen aus laufender Verwaltungstätigkeit erwartet, denen Verbesserungen in den übrigen Geschäftsbereichen sowie im Deckungsbudget gegenüberstehen.

Der Geschäftsbereich 4 – Jugend, Bildung und Kultur – prognostiziert Haushaltsverschlechterungen i. H. v. rd. 43,3 Mio. Euro, insbesondere in den Aufgabenbereichen „Gewährung ambulanter und stationärer Hilfen zur Förderung junger Menschen/Familien“, „Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege“ sowie beim „Digitalpakt Schule“ (vgl. Seite 21 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 7 – Stadtplanung und Bauen – geht aktuell von zusätzlichen Belastungen i. H. v. rd. 25,0 Mio. Euro aus, die im Wesentlichen auf Preissteigerungen für Energie, Baustoffe etc. in der Immobilienwirtschaft, Instandhaltungen und Abschreibungen, ausgeweitete Anmietungen sowie den Betrieb von Geflüchtetenunterkünften zurückzuführen sind (vgl. Seite 29 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 3 – Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung – geht von einer Verschlechterung i. H. v. rd. 19,7 Mio. Euro aus, die maßgeblich auf steigende Personalaufwendungen beim Ordnungsamt und bei der Feuerwehr sowie auf steigende Inanspruchnahme der Dienstleistungen Dritter im Rettungsdienst zurückzuführen ist (vgl. Seite 18 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 5 – Soziales, Arbeit und Gesundheit – erwartet zum Jahresende eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 12,9 Mio. Euro durch steigende Transferaufwendungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, steigende Aufwendungen für die Hilfe zur Gesundheit und der Eingliederung nach dem SGB IX sowie Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine (vgl. Seite 23 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 6 – Umwelt, Verkehr und Sport – prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 3,8 Mio. Euro, die hauptsächlich auf Personalmehraufwendungen und auf höhere bilanzielle Abschreibungen zurückzuführen ist (vgl. Seite 27 des Berichts).

Der Geschäftsbereich OB – Oberbürgermeister – prognostiziert eine Verbesserung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. rd. 7,5 Mio. Euro, die im Wesentlichen aus einer Ergebnisverbesserung bei der Messe Essen GmbH (ME) resultiert (vgl. Seite 11 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 2 – Finanzen – erwartet eine Verbesserung i. H. v. rd. 8,6 Mio. Euro, insbesondere aufgrund der Rückführung der RWE-Wertpapierleihe von der Ruhrbahn GmbH (Ruhrbahn) an die Stadt Essen (vgl. Seite 15 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 1 – Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung – weist eine Unterschreitung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit um rd. 15,5 Mio. Euro auf, die insbesondere auf die Veranschlagungssystematik des sog. Zentralbudgets für Personal zurückzuführen ist (vgl. Seite 13). Eine Modifizierung der Veranschlagungssystematik wird vorbereitet, um zukünftig die signifikanten Plan/Ist-Abweichungen zu vermeiden.

Im Deckungsbudget werden Verbesserungen i. H. v. rd. 80,8 Mio. Euro prognostiziert, die aus Mehrerträgen bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sowie Minderaufwendungen durch abgesenkten Umlagesatz an den Landschaftsverband Rheinland resultieren (vgl. Seite 15 des Berichts).

2.1 Ordentliches Ergebnis

Das **ordentliche Ergebnis** schließt in der Prognose mit einem Überschuss i. H. v. rd. **22,9 Mio. Euro** ab, rd. 7,0 Mio. Euro schlechter als im fortgeschriebenen Ansatz vorgesehen.

Die **ordentlichen Erträge** werden i. H. v. rd. **3.749,9 Mio. Euro** erwartet und verbessern sich um rd. 167,2 Mio. Euro gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz. Nachstehend die wesentlichen Veränderungen:

Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben: rd. 87,6 Mio. Euro

- Mehrerträge bei der Gewerbesteuer (rd. 82,5 Mio. Euro) und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (rd. 10,6 Mio. Euro),
- Mindererträge beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (rd. -7,5 Mio. Euro),
- Mehrerträge für Leistungen zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (rd. 1,3 Mio. Euro).

Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen: rd. 63,3 Mio. Euro

- Zuweisungen vom Land für die Beschaffung der EDV-technischen Schulausstattungen im Rahmen des „Digitalpakts Schule“ (rd. 22,0 Mio. Euro),
- Zuweisungen vom Land für die anteilige Refinanzierung höherer Betriebskosten in den Tageseinrichtungen (rd. 9,8 Mio. Euro), aus dem Stärkungspakt NRW „Gemeinsam gegen Armut“ (rd. 7,8 Mio. Euro), für die Unterbringung der infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine Geflüchteten (rd. 5,5 Mio. Euro), für die Gruppenerweiterungen an den offenen Ganztagschulen (OGS) (rd. 1,3 Mio. Euro) und für das „Aktionsprogramm Integration in den Schulen“ (rd. 1,2 Mio. Euro),
- Zuweisungen vom Bund für die Leistungen nach dem SGB II (rd. 4,4 Mio. Euro), für die Leistungen an die Asylbewerber (rd. 3,4 Mio. Euro) und für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ (rd. 3,1 Mio. Euro),
- Zuwendungen vom Land für das Projekt „Alltagshelfer“ (rd. 3,5 Mio. Euro), für Corona-bedingte Aufwendungen (rd. 3,0 Mio. Euro) und zur Förderung des OGS-Helferprogramms (rd. 1,5 Mio. Euro), aus dem Landesprogramm „Aufholen nach Corona“ (rd. 1,6 Mio. Euro) und aus dem Programm „Extra-Zeit zum Lernen“ (rd. 0,4 Mio. Euro),
- Zuweisungen von Gemeindenverbänden, insbesondere vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) für die Prävention und Beratung bei der Jugendarbeit (rd. 1,1 Mio. Euro),
- Geringere (nicht zahlungswirksame) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (rd. -5,9 Mio. Euro).

Zeile 3: Sonstige Transfererträge: rd. -0,7 Mio. Euro

- Mindererträge aufgrund der neu eingeführten Karenzzeiten und Bagatellgrenzen beim JobCenter (rd. -2,1 Mio. Euro),
- Mehrerträge bei den Elternbeiträgen in den Kitas (rd. 0,9 Mio. Euro) und aufgrund der Rückzahlungen bei der Gewährung der stationären Hilfen (rd. 0,8 Mio. Euro).

Zeile 4: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte: rd. -1,7 Mio. Euro

- Mindererträge bei den Benutzungsgebühren (rd. -1,4 Mio. Euro) und bei den Friedhofsgebühren (rd. -0,3 Mio. Euro).

Zeile 5: Privatrechtliche Leistungsentgelte: rd. -0,7 Mio. Euro

- Mindererträge bei den Elterngeldten für Mittagessen, da eine geplante Preiserhöhung noch aussteht (rd. -1,2 Mio. Euro),
- Mehrerträge aus Eintrittsgeldern für den Grugapark (rd. 0,4 Mio. Euro).

Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen: rd. 5,7 Mio. Euro

- Mehrerträge aus Kostenerstattungen für Leistungen nach dem SGB II, kommunal- und bundesfinanziert (rd. 14,1 Mio. Euro),
- Mehrerträge aus Erstattungen für den Unterhaltsvorschuss aufgrund gestiegener Fallzahlen (rd. 1,7 Mio. Euro),
- Mindererträge aufgrund der Anpassung der Transferaufwendungen im Bereich „Hilfe zur Pflege“ und bei der Grundsicherung (rd. -7,0 Mio. Euro),
- Mindererträge aus Kostenerstattungen vom Land an die Zentrale Ausländerbehörde, korrespondierend mit geringeren Personalaufwendungen (rd. -3,1 Mio. Euro).

Zeile 7: Sonstige ordentliche Erträge: rd. 13,8 Mio. Euro

- Rückzahlungen von den Beteiligungsunternehmen (rd. 10,6 Mio. Euro), aus der Endabrechnung der Betriebsführungsentgelte 2022 der Stadtwerke Essen AG (rd. 6,6 Mio. Euro) sowie von verschiedenen Trägern aufgrund nicht verausgabter Kostenerstattungen (rd. 2,7 Mio. Euro),
- Mehrerträge aus Steuererstattungen (rd. 2,7 Mio. Euro), bei Bußgeldern aus der Verkehrsüberwachung (rd. 2,3 Mio. Euro) und aus Konzessionsabgaben (rd. 1,1 Mio. Euro),
- Mehrerträge aus Rückstellungsaufhebungen von Instandhaltungen (rd. 2,0 Mio. Euro), insbesondere aufgrund der investiven Einstufung von ursprünglich konsumtiv eingestuften Maßnahmen,
- Mindererträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen.

Die **ordentlichen Aufwendungen** werden mit rd. 3.727,0 Mio. Euro prognostiziert und übersteigen um rd. 174,3 Mio. Euro den fortgeschriebenen Ansatz. Nachstehend die wesentlichen Veränderungen:

Zeile 11 und 12: Personal- und Versorgungsaufwendungen: rd. 8,7 Mio. Euro

- Zusätzlichen Belastungen aus dem Tarifabschluss vom 22. April 2023 i. H. v. rd. 15,6 Mio. Euro, wovon 5,5 Mio. Euro im Planansatz 2023 inkludiert waren, stehen gegenläufige Effekte aus der verzögerten Umsetzung von geplanten Personalmaßnahmen in den Geschäftsbereichen gegenüber.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: rd. 51,0 Mio. Euro

- Mehraufwendungen bei der Beschaffung der EDV-technischen Schulausstattung im Rahmen des „Digitalpakts Schule“ (rd. 29,8 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für die Instandhaltung der Grundstücke und Gebäude (rd. 9,3 Mio. Euro),
- Höhere Zuschüsse an die Träger zur Förderung junger Menschen und Familien (rd. 5,2 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für die Sicherheitsdienstleistungen in den Geflüchteten-/Asylunterkünften (rd. 3,6 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattungen (rd. 2,2 Mio. Euro) und aufgrund von Preissteigerung bei Strom, Gas und Treibstoffen (rd. 1,6 Mio. Euro).

Zeile 14: Bilanzielle Abschreibungen: rd. 15,8 Mio. Euro

- Höhere Abschreibungen für Grundstückeinrichtungen, Gebäude, Infrastruktur, Maschinen, Fahrzeuge und Finanzanlagen.

Zeile 15: Transferaufwendungen: rd. 79,2 Mio. Euro

- Mehraufwendungen in der Produktgruppe „Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien“ (rd. 21,5 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen aus der Weiterleitung der Landeszuschüsse für die Kindertageseinrichtungen der freien Träger und die Kindertagespflege (rd. 16,9 Mio. Euro), für das „Aktionsprogramm Integration in den Schulen“ (rd. 1,2 Mio. Euro) und für die Quartierhausmeister sowie für kriminalpräventive Maßnahmen (rd. 1,2 Mio. Euro),
- Höhere Aufwendungen für gestiegene Leistungen nach dem SGB II, kommunal- und bundesfinanziert (rd. 16,3 Mio. Euro),
- Haushaltsneutrale Aufwendungen aus der Weitergabe der Stärkungsmittel „Gemeinsam gegen Armut“ (rd. 7,8 Mio. Euro),

- Mehraufwendungen für höhere Eingliederungshilfen nach dem SGB IX (rd. 5,1 Mio. Euro) bei gegenläufiger Entwicklung der Transferaufwendungen für Hilfe zur Pflege aufgrund der Pflegereform (rd. -6,5 Mio. Euro),
- Höhere Aufwendungen aufgrund gestiegener Transferleistungen für Asylbewerber und Geflüchtete (rd. 3,4 Mio. Euro),
- Höhere Zuschüsse an verbundenen Unternehmen (EABG-Gruppe, Suchthilfe direkt Essen, SBE, Revierpark Nienhausen) (rd. 3,9 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für ambulante Hilfe zur Pflege (rd. 3,2 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen beim Unterhaltsvorschuss (2,3 Mio. Euro),
- Höherer Zuschuss an die Jugendhilfe Essen (JHE) für die Aufgabenübernahme der OGS (rd. 2,2 Mio. Euro).

Zeile 16: Sonstige ordentliche Aufwendungen: rd. 19,6 Mio. Euro

- Mehraufwendungen, insbesondere im Gebührenhaushalt „Stadtentwässerung“ aus der Endabrechnung der Stadtwerke Essen für das Jahr 2022 (rd. 7,8 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen beim Rettungsdienst und bei der Gefahrenabwehr (rd. 5,1 Mio. Euro),
- Corona-bedingte Aufwendungen im Rettungsdienst, in den Schulen und Tageseinrichtungen (rd. 4,1 Mio. Euro),
- Mehrbedarfe für die Anmietung von Geflüchteten-/Asylunterkünften (rd. 4,0 Mio. Euro),
- Nicht etatisierte Aufwendungen für verschiedene Umwelt-Projekte (rd. 2,2 Mio. Euro), bei gegenläufigen Minderaufwendungen für die Projekte „Förderung von Photovoltaikanlagen“ und „Modernisierung privater Wohngebäude“ (rd. -7,4 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für die IT-Infrastruktur (rd. 2,0 Mio. Euro),
- Mehraufwendungen für Meldeangelegenheiten (rd. 1,0 Mio. Euro).

2.2 Finanzergebnis

Für das **Finanzergebnis** wird eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. **14,7 Mio. Euro** prognostiziert, als Saldo aus Mehrerträgen i. H. v. rd. 8,7 Mio. Euro und Minderaufwendungen i. H. v. rd. 6,0 Mio. Euro. Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus der Vereinnahmung der RWE-Dividende (vgl. Ziffer 2.4) und aus unter Plan liegenden Zinsaufwendungen für die Investitions- und Liquiditätskredite.

2.3 Entwicklung der COVID-19- und Ukraine-Krieg-bedingten Haushaltsbelastungen

Im Haushaltsjahr 2023 besteht letztmalig die gesetzliche Pflicht, Erträge und Aufwendungen, die durch die COVID-19-Pandemie sowie den Ukraine-Krieg bedingt sind, zu isolieren.

Corona-bedingte Haushaltsbelastungen

Aktuell werden Corona-bedingte Erträge i. H. v. rd. 12,4 Mio. Euro prognostiziert, insbesondere:

- Zuwendungen vom Land für die Alltagshelfer in Tageseinrichtungen i. H. v. rd. 3,5 Mio. Euro,
- Zuwendungen vom Land zur Abmilderung von Pandemiefolgen aus dem Jahr 2022 i. H. v. rd. 3,0 Mio. Euro,
- Zuwendungen vom Land für das OGS-Helferprogramm i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro,
- Erstattungen vom Land für das Programm „Aufholen nach Corona“ i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro,
- Rückzahlungen durch verschiedene Träger für nicht verausgabte Beträge i. H. v. rd. 2,1 Mio. Euro.

Die Corona-bedingten Aufwendungen liegen aktuell bei rd. 9,3 Mio. Euro, insbesondere:

- Verwendung der Pauschale für das Programm „Aufholen nach Corona“ im Schulbereich i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro und weiteren Förderungen an Tageseinrichtungen und Schulen i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro,

- Verwendung der Zuwendungen vom Land für das OGS-Helferprogramm i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro,
- Leistungen an Dritte (Kita-Träger) i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro,
- Mehraufwendungen beim Rettungsdienst und beim Krankentransport i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro.

Im Saldo liegt ein positives **Corona-bedingtes Ergebnis** i. H. v. rd. **3,1 Mio. Euro** vor.

Ukraine-Krieg-bedingte Haushaltsbelastungen

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine wurden insgesamt 9.603 Personen als Schutzsuchende bei der Stadt Essen mit folgenden Unterbringungsarten registriert:

Unterbringung Ukraine-Schutzsuchende	Gesamt
Unterbringung in städtischen Einrichtungen	2.959
Unterbringung bei Freunden, Bekannten etc.	5.318
Unterbringung in Landeseinrichtungen	1.035
Unterbringung in Hotels	193
unbekannte Unterbringung	98
Gesamtanzahl der in Essen erfassten Personen	9.603

Für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Geflüchteten werden Aufwendungen i. H. v. rd. 75,6 Mio. Euro prognostiziert. Diesen stehen Erträge i. H. v. rd. 62,6 Mio. Euro gegenüber, bestehend aus:

Bundesbeteiligungen für SGB II-Leistungen

- rd. 30,0 Mio. Euro Erstattungen vom Bund für die Bürgergeldleistungen
- rd. 9,3 Mio. Euro Leistungsbeteiligung des Bundes für Unterkunft und Heizung
- rd. 3,7 Mio. Euro Erstattungen vom Bund für sonstige SGB II-Leistungen

Weitere Erstattungen bzw. Kostenbeteiligungen

- rd. 7,8 Mio. Euro Bundesmittel zur Krisenbewältigung
- rd. 7,5 Mio. Euro Landesmittel aus dem „Sondervermögen Krisenbewältigung“
- rd. 1,8 Mio. Euro für Leistungen gem. § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- rd. 1,2 Mio. Euro für das „Aktionsprogramm Integration bei den Schulen“

Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten

- rd. 1,0 Mio. Euro Benutzungsgebühren für soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer.

Im Saldo ergeben sich aktuell **Ukraine-Krieg-bedingte Haushaltsbelastungen** i. H. v. rd. **13,0 Mio. Euro**.

Insgesamt belaufen sich die **isolierungspflichtigen Haushaltsbelastungen** auf rd. **9,9 Mio. Euro**.

2.4 Beteiligungsergebnis

Mit einer Prognose i. H. v. rd. **-99,8 Mio. Euro** wird beim Beteiligungsergebnis eine saldierte Verbesserung um rd. 16,1 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz i. H. v. rd. -116,0 Mio. Euro erwartet.

in Euro	Haushaltsansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
Ergebnis der Gesellschaften mit städtischem Zuschussbedarf/Verlustaussgleich	142.079.764	135.127.609	6.952.155
Ergebnis der Gesellschaften mit Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt	26.106.461	35.301.400	9.194.939
Haushaltsentlastung (+)			
Haushaltsbelastung (-)	-115.973.303	-99.826.209	16.147.094

Bei den Verlustgesellschaften wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 7,0 Mio. Euro prognostiziert, die im Wesentlichen auf die Rückzahlung aus Überkompensation des Vorjahres von der Messe Essen (ME) zurückzuführen ist.

Ein höherer Verlustaussgleich wird bei folgenden Gesellschaften prognostiziert:

- Essener Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH (EABG-Gruppe) i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro,
- Essen Marketing GmbH (EMG) i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro,
- Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr GmbH (FMR) i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro.

Bei den Gesellschaften mit Gewinnausschüttungen wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 9,2 Mio. Euro erwartet, die im Wesentlichen auf die Dividendenzahlung der RWE AG aus der beendeten Wertpapierleihe zwischen der Ruhrbahn und der Stadt Essen zurückzuführen ist. Die EVV rechnet mit Ergebnisverbesserungen aus einem Steuerstreitverfahren, sodass der EVV-Zielwert trotz höherer Verlustleistung an die Ruhrbahn voraussichtlich eingehalten wird.

Zudem ergeben sich höhere Gewinnausschüttungen bei folgenden Gesellschaften:

- RGE Servicegesellschaft Essen mbH (RGE) (rd. 0,8 Mio. Euro)
- Entsorgungsbetriebe Essen GmbH (EBE) (rd. 0,1 Mio. Euro)
- Essener Systemhauses (ESH) i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro

Die Ausschüttung der Sparkasse Essen liegt im Jahr 2023 um 2,0 Mio. Euro unter Plan.

Die Beteiligungsgesellschaften gehen von keinen nennenswerten Corona-bedingten Belastungen aus. Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind noch nicht abschätzbar (z. B. im Zusammenhang mit der Energiepreisbremse).

Detailinformationen sind dem Quartalsbericht III/2023 der Beteiligungsunternehmen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen (DS 1659/2023/2) zu entnehmen. Darüber hinaus finden sich Erläuterungen in den nachfolgenden Ergebnisprognosen der Geschäftsbereichsbüros der einzelnen Geschäftsbereiche, denen die Gesellschaften budgetmäßig zugeordnet sind.

3. Ergebnisprognosen der Geschäftsbereiche

3.1 Geschäftsbereich OB [Oberbürgermeister]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.764.838	10.764.838	11.914.789	1.149.950	10,68
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.202	5.202	5.202	0	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	58.550	58.550	58.550	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.016.750	1.016.750	1.016.750	0	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.094.939	1.094.939	11.648.074	10.553.136	963,81
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	12.940.279	12.940.279	24.643.365	11.703.086	90,44
11	- Personalaufwendungen	14.602.333	14.602.333	17.479.429	2.877.095	19,70
12	- Versorgungsaufwendungen	5.077.704	5.077.704	5.143.253	65.550	1,29
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.117.447	5.067.180	4.673.660	-393.520	-7,77
14	- Bilanzielle Abschreibungen	401.770	401.770	412.701	10.932	2,72
15	- Transferaufwendungen	34.919.801	34.919.801	34.311.646	-608.155	-1,74
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.315.558	8.315.558	8.590.313	274.756	3,30
17	= Ordentliche Aufwendungen	67.434.612	68.384.345	70.611.002	2.226.657	3,26
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-54.494.333	-55.444.066	-45.967.637	9.476.429	-17,09
19	+ Finanzerträge	4.000.000	4.000.000	2.000.000	-2.000.000	-50,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	4.000.000	4.000.000	2.000.000	-2.000.000	-50,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-50.494.333	-51.444.066	-43.967.637	7.476.429	-14,53
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-50.494.333	-51.444.066	-43.967.637	7.476.429	-14,53
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	370.515	370.515	370.515	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	2.693.606	2.693.606	2.693.606	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-52.817.425	-53.767.157	-46.290.728	7.476.429	-13,91

Der Geschäftsbereich prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 7,5 Mio. Euro, welche im Wesentlichen auf die Rückerstattung der Messe Essen an die Stadt aufgrund des EU-beihilferechtlichen Überkompensationsverbots i. H. v. rd. 10,3 Mio. Euro zurückzuführen ist.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0091	Geschäftsbereichsbüro GBOB	-18.095.131	-8.946.517	+9.148.614
FB01-02	Stabsst. für Bürgerbeteiligung u. Ehrenamt	-2.014.843	-2.320.040	-305.197
FB01-04	Internationale Beziehungen	-288.054	-604.348	-316.295
FB01-09	Kommunales Integrationszentrum	-7.046.695	-6.324.667	+722.029
FB01-11	Gleichstellungsstelle	-687.421	-744.677	-57.256
FB01-15	Presse- und Kommunikationsamt	-2.078.990	-3.069.532	-990.542
FB12	Amt f. Statistik, Stadtforschung u. Wahlen	-2.020.261	-2.632.841	-612.579
FB14	Rechnungsprüfungsamt	-4.164.199	-4.234.688	-70.489
FB15	Amt f. Ratsangelegenheiten u. Repräsent.	-15.048.472	-15.090.327	-41.855
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-51.444.066	-43.967.637	+7.476.429

Die prognostizierten Ergebnisverschlechterungen der Fachbereiche sind im Wesentlichen auf Veränderungen der Personalaufwendungen zurückzuführen. Für den Fachbereich 01-15 (Presse- und Kommunikationsamt) wird gegenüber der Planung ein Mehraufwand i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro und für den Fachbereich 12 (Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen) i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro prognostiziert. Auch die Ergebnisverschlechterung des Fachbereichs 01-04 (Internationale Beziehungen) i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro ist auf Personalmehraufwendungen zurückzuführen.

Geschäftsbereichsbüro GBOB (FB0091):

Die Verbesserung im Geschäftsbereichsbüro des GB OB i. H. v. rd. 9,1 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus der Revitalisierung des Messegeschäfts im Vorjahr und der daraus entstandenen Rückzahlung der Überkompensation für das Jahr 2022 i. H. v. rd. 10,3 Mio. Euro.

Der zeitliche Versatz einer Fördermaßnahme im Breitbandausbau führt in der Budgeteinheit zu einer weiteren Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro. Aufgrund der Verzögerung der Prüfungen durch den Fördermittelgeber ist mit einer Erstattung von Aufwendungen aus dem Vorjahr zu rechnen.

Gegenläufig wird die etatisierte Gewinnausschüttung der Sparkasse Essen i. H. v. rd. 4,0 Mio. Euro um 2,0 Mio. Euro unterschritten.

Für die EMG wird eine um rd. 0,7 Mio. Euro erhöhte Zuschussleistung prognostiziert (Tarifsteigerungen, Deutschland Tour und Einschränkungen beim Weihnachtsmarkt durch Bauarbeiten auf dem Willy-Brandt-Platz).

Ergebnisverbessernd wirken bei der EMG und der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (EWG) Erträge aus Überkompensation des Vorjahres i. H. v. rd. 0,1 Mio. Euro und rd. 0,2 Mio. Euro.

Stabstelle für Bürgerbeteiligung (FB 01-02):

Die Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro ist überwiegend auf das Projekt „öffentliche Toiletten“ zurückzuführen. Durch die errichteten Toiletten in Parkanlagen sowie das Konzept „Nette Toilette“ wird für das Haushaltsjahr 2023 mit rd. 0,2 Mio. Euro Mehraufwand kalkuliert. Die restliche Ergebnisabweichung ist auf Personalmehraufwendungen zurückzuführen.

Kommunales Integrationszentrum (FB 01-09):

Innerhalb des Integrationsbudgets verbleiben im Haushaltsjahr 2023 voraussichtlich Restmittel i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro aus der Verrechnung nicht verwendeter Corona-bedingter Zuwendungen aus Vorjahren und aufgrund verspäteter Maßnahmenbeginne im laufenden Haushaltsjahr. Gegenläufig ergeben sich Personalmehraufwendungen i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro.

3.2 Geschäftsbereich 1 [Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.126	59.126	98.693	39.567	66,92
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.561	17.561	17.561	0	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	135.894	135.894	133.050	-2.844	-2,09
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17.961.272	17.961.272	17.909.457	-51.815	-0,29
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.611.672	2.611.672	3.505.791	894.119	34,24
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	382.000	382.000	382.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	21.167.526	21.167.526	22.046.553	879.027	4,15
11	- Personalaufwendungen	74.829.099	74.829.099	58.074.592	-16.754.506	-22,39
12	- Versorgungsaufwendungen	12.576.297	12.576.297	14.293.581	1.717.283	13,65
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.447.621	24.447.621	24.028.383	-419.237	-1,71
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.368.202	1.368.202	1.541.676	173.474	12,68
15	- Transferaufwendungen	430.000	430.000	800.000	370.000	86,05
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.178.111	10.178.111	12.224.024	2.045.914	20,10
17	= Ordentliche Aufwendungen	123.829.329	123.829.329	110.962.257	-12.867.072	-10,39
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-102.661.803	-102.661.803	-88.915.704	13.746.099	-13,39
19	+ Finanzerträge	1.472.500	1.472.500	3.266.018	1.793.518	121,80
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-27.500	-27.500	1.766.018	1.793.518	-6.521,88
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-102.689.303	-102.689.303	-87.149.686	15.539.617	-15,13
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-102.689.303	-102.689.303	-87.149.686	15.539.617	-15,13
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.072.502	2.072.502	2.072.502	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	2.413.678	2.413.678	2.413.678	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-103.030.478	-103.030.478	-87.490.861	15.539.617	-15,08

Der Geschäftsbereich 1 unterschreitet in der Prognose das Planergebnis um um rd. 15,5 Mio. Euro, insbesondere durch Entlastungen beim Personal- und Versorgungsaufwand durch Umschichtung vom zentral veranschlagten überplanmäßigen Personalaufwand (siehe Erläuterungen des Fachbereichs Organisation und Personalwirtschaft).

Ergebnisverbessernd wirken sich zudem die erhöhten Gewinnausschüttungen der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (rd. 0,8 Mio. Euro) sowie des Essener Systemhauses (rd. 1,2 Mio. Euro) aus. Die Veränderungen ergeben sich überwiegend bei den Finanzerträgen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen unterschreiten in der Prognose den Planansatz um rd. 0,4 Mio. Euro, während die sonstigen Aufwendungen den Planansatz um rd. 2,0 Mio. Euro überschreiten. Hiervon entfallen rd. 1,4 Mio. Euro auf eine Zeilenverschiebung von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die im Teilergebnisplan neutral sind.

Bei den Transferaufwendungen erhöht sich der Aufwand um rd. 0,4 Mio. Euro durch die Zuschusszahlung zum Deutschlandticket im Rahmen der Firmenticketvereinbarung für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab dem 01. Mai 2023.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0094	Geschäftsbereichsbüro GB1	-2.681.604	-1.403.394	+1.278.211
FB01-05	Arbeitssicherheit Essen (ASE)	-563.816	-416.496	+147.320
FB01-08	Institut Gesundheit	-2.167.617	-2.211.847	-44.230
FB01-12	Digitale Verwaltung	-3.647.602	-3.369.881	+277.721
FB09-01	Personalrat	-1.703.853	-2.043.702	-339.849
FB10	Organisation und Personalwirtschaft	-59.684.744	-46.721.593	+12.963.151
FB11	Amt für Zentralen Service	-32.240.067	-30.982.774	+1.257.293
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-102.689.303	-87.149.686	+15.539.617

Die Abweichungen bei den Fachbereichen Arbeitssicherheit Essen (FB 01-05), Institut Gesundheit (FB 01-08), Digitale Verwaltung (FB 01-12) und Personalrat (FB 09-01) sind hauptsächlich auf Veränderungen bei den Personalaufwendungen zurückzuführen. Den tarifbedingten Verschlechterungen stehen Verbesserungen bei den Fachbereichen 01-12 und 01-05 durch Stellenvakanzen gegenüber.

Geschäftsbereichsbüro GB1 (FB 0094):

Das Ergebnis wird maßgeblich durch die Beteiligungsgesellschaften beeinflusst. Einerseits ergeben sich Mehraufwendungen aus der konsumtiven Verbuchung zunächst investiv geplanter Auszahlungen des Essener Systemhauses für die Backbone-Trasse i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro. Ab 2024 sind die jährlichen Teilbeträge in der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Andererseits führen die erhöhten Gewinnausschüttungen des Essener Systemhauses (rd. 1,2 Mio. Euro) sowie der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (rd. 0,8 Mio. Euro) und geringere Personalaufwendungen (rd. 0,1 Mio. Euro) zu einer Verbesserung.

Organisation und Personalwirtschaft (FB 10):

Die Planunterschreitung i. H. v. rd. 13,0 Mio. Euro ergibt sich im Wesentlichen aus Personalminderaufwendungen im sog. Zentralbudget i. H. v. rd. 14,4 Mio. Euro. Hintergrund sind die im Planansatz des Fachbereichs 10 für organisatorische Maßnahmen zentral etatisierten Personalaufwendungen, die im Jahresverlauf – nach verwaltungsseitiger Umsetzung der konkreten organisatorischen Maßnahmen – den Produktgruppen der betroffenen Fachbereiche zugeordnet werden. Gesamtstädtisch handelt es sich daher um einen haushaltsneutralen Vorgang; den Minderaufwendungen im Fachbereich 10 stehen Mehraufwendungen in den entsprechenden Fachbereichen gegenüber.

Zudem wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro bei den Versorgungsaufwendungen erwartet, der Mehrerträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen und Minderaufwendungen, insbesondere für Fortbildungen i. H. v. insgesamt rd. 0,5 Mio. Euro gegenüberstehen.

Amt für Zentralen Service (FB 11):

Das Amt für Zentralen Service prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 1,3 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf geringere Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen ist. Diese liegen rd. 2,7 Mio. Euro unter Plan, da für die Reinigungsleistungen vermehrt die RGE Servicegesellschaft Essen mbH beauftragt wird.

Personalminderaufwendungen stehen Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro für Sach- und Dienstleistungen gegenüber. Für die Reinigungsleistungen der RGE Servicegesellschaft Essen mbH entsteht voraussichtlich ein Mehrbedarf i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro (Tarifabschluss 2022 sowie Erhöhung des Mindestlohns zum 01. Oktober 2022). Der neue Reinigungsvertrag wurde mit Wirkung zum 01. September 2023 abgeschlossen. Die konkreten Auswirkungen können erst nach den ersten Abrechnungen mit den neuen Konditionen gesichert prognostiziert werden.

Ebenfalls ergeben sich Verschlechterungen im Personalservice i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro für die Digitalisierung von Bestandsakten im Rahmen des Projekts „E-Personalakte“. Durch zeitliche Verzögerungen aufgrund technischer Probleme in der Testphase konnten die Arbeiten erst im September 2022 aufgenommen werden, sodass der Großteil der Leistungserbringung im Jahr 2023 erfolgt und sich voraussichtlich sogar in das Jahr 2024 erstrecken wird.

Darüber hinaus ergibt sich ein Mehrbedarf i. H. v. 0,4 Mio. Euro bei den Transferaufwendungen im Bereich „Generelle Angelegenheiten“, da ab dem 1. Mai 2023 das Deutschlandticket für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezuschusst bzw. für die Auszubildenden kostenlos angeboten wird. Aufgrund der aktuellen Nachfrage konnte die Prognose leicht nach unten korrigiert werden.

3.3 Geschäftsbereich 2 [Finanzen]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.012.728.000	1.012.728.000	1.100.325.923	87.597.923	8,65
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	793.351.701	793.351.701	794.891.267	1.539.567	0,19
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	261.677.839	261.677.839	257.247.645	-4.430.195	-1,69
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	606.980	606.980	606.980	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.923.399	2.923.399	2.926.102	2.703	0,09
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	70.940.538	70.940.538	64.721.184	-6.219.354	-8,77
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	2.142.228.456	2.142.228.456	2.220.719.100	78.490.644	3,66
11	- Personalaufwendungen	17.824.126	17.824.126	18.091.427	267.301	1,50
12	- Versorgungsaufwendungen	5.965.973	5.965.973	5.643.261	-322.713	-5,41
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	233.757.822	233.757.822	229.093.280	-4.664.541	-2,00
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.556	3.556	4.437	881	24,76
15	- Transferaufwendungen	414.677.363	414.677.363	415.862.435	1.185.072	0,29
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.737.330	14.737.330	22.196.639	7.459.309	50,62
17	= Ordentliche Aufwendungen	686.966.170	686.966.170	690.891.479	3.925.309	0,57
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	1.455.262.286	1.455.262.286	1.529.827.621	74.565.335	5,12
19	+ Finanzerträge	16.778.838	16.778.838	25.673.150	8.894.312	53,01
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	60.675.000	60.675.000	54.674.215	-6.000.785	-9,89
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-43.896.162	-43.896.162	-29.001.065	14.895.097	-33,93
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	1.411.366.124	1.411.366.124	1.500.826.556	89.460.431	6,34
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	1.411.366.124	1.411.366.124	1.500.826.556	89.460.431	6,34
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	46.925.311	46.925.311	46.925.311	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	9.726.156	9.726.156	9.686.231	-39.925	-0,41
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	1.448.565.279	1.448.565.279	1.538.065.635	89.500.356	6,18

Der Geschäftsbereich 2 prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 89,5 Mio. Euro, die insbesondere aus dem Deckungsbudget resultiert. Bei den ordentlichen Erträgen werden Mehrerträge i. H. v. rd. 78,5 Mio. Euro erwartet, bestehend insbesondere

- in der Zeile „Steuern und ähnliche Abgaben“ (rd. 87,6 Mio. Euro) aus höheren Gewerbesteuererträgen und einem höheren Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bei gleichzeitig rückläufigen Erträgen beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer,
- in der Zeile „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ aus Mehrerträgen i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro,
- in der Zeile „Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ aus Mindererträgen i. H. v. rd. 4,4 Mio. Euro, insbesondere bei den Abwassergebühren,
- in der Zeile „Sonstige ordentliche Erträge“ aus Mindererträgen i. H. v. rd. 6,2 Mio. Euro.

Bei den ordentlichen Aufwendungen werden Verschlechterungen i. H. v. rd. 3,9 Mio. Euro prognostiziert, bestehend insbesondere

- in der Zeile „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ aus Minderaufwendungen i. H. v. rd. 4,7 Mio. Euro aufgrund einer abweichenden Kalkulationsgrundlage der Abwassergebühren,
- in der Zeile „Transferaufwendungen“ aus Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro, insbesondere durch eine Gewerbesteuerumlage aufgrund gestiegener Gewerbesteuererträge,
- in der Zeile „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ i. H. v. rd. 7,5 Mio. Euro, u. a. aus Mehraufwendungen für die Zuführung von Kostenüberdeckungen zum Sonderposten für Gebührenausschüttungen in Folgejahren.

Das Finanzergebnis i. H. v. rd. 14,9 Mio. Euro wird einerseits durch die nicht geplante Vereinnahmung der RWE-Dividende aus der Wertpapierleihe mit der Ruhrbahn GmbH (vgl. Ziffer 2.4) und andererseits durch die geringeren Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite bestimmt.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0093	Geschäftsbereichsbüro GB2	-32.114.604	-22.787.478	+9.327.125
FB02-01	Entsorgungswirt./Stadtint. Steuerberat.	-36.123.854	-36.638.610	-514.756
FB02-02	Beteiligungsmanagement	-1.219.233	-1.527.671	-308.438
FB20	Stadtkämmerei	-3.553.301	-3.132.655	+420.646
FB20-DB	Stadtkämmerei Deckungsbudget	1.506.852.929	1.587.691.341	+80.838.412
FB21	Finanzbuchhaltung u. Stadtsteueramt	-22.475.813	-22.778.370	-302.557
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		1.411.366.124	1.500.826.556	+89.460.431

Die Ergebnisveränderungen in den Fachbereichen 02-01 und 21 sind auf die tarifbedingten Personalmehraufwendungen zurückzuführen.

Geschäftsbereichsbüro GB2 (FB0093):

Die Verbesserung im Geschäftsbereichsbüro GB2 i. H. v. rd. 9,3 Mio. Euro ergibt sich aus der im Haushaltsplan 2023 nicht etatisierten RWE-Dividende (Übergang der RWE-Wertpapierleihe von der Ruhrbahn GmbH auf die Stadt Essen, hier GB2) (vgl. Ziffer 2.4).

Beteiligungsmanagement (FB 02-02):

Die Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus der organisatorischen Umschichtung der Projektmittel „CONNECTED.ESSEN“ (rd. 0,5 Mio. Euro) vom Geschäftsbereich 7 zum Geschäftsbereich 2. Das Projekt umfasst die Smart-City-Initiative der Stadt Essen, um Themen der Digitalisierung im sozialen, ökologischen und ökonomischen Sinne nachhaltig umzusetzen.

Stadtkämmerei (FB 20):

Die verbesserte Budgetprognose i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro ist auf geringere Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen.

Deckungsbudget (FB 20):

Das Deckungsbudget bildet die Finanzmittel der allgemeinen Finanzwirtschaft ab, die zur Finanzierung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. Die prognostizierte Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 80,8 Mio. Euro ergibt sich insbesondere bei den ordentlichen Erträgen (rd. 73,9 Mio. Euro):

- Gewerbesteuer i. H. v. rd. 82,5 Mio. Euro,
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer i. H. v. rd. 10,6 Mio. Euro,
- Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben i. H. v. rd. 1,3 Mio. Euro.

Gegenläufig entwickelt sich die Ertragserwartung bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (Mindererträge i. H. v. rd. 7,5 Mio. Euro). Zusätzliche saldierte Verbesserungen werden bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro prognostiziert.

Der Planansatz bei den ordentlichen Aufwendungen wird um rd. 1,2 Mio. Euro überschritten, insbesondere durch:

- höhere Gewerbesteuerumlage (+ 5,9 Mio. Euro)
- höhere Krankenhausumlage (+ 1,3 Mio. Euro)
- geringere LVR-Verbandsumlage (- rd. 6,0 Mio. Euro), durch Herabsetzung des Umlagesatzes um rd. 0,35 Prozentpunkte.

Das Finanzergebnis verbessert sich in der Prognose um rd. 8,1 Mio. Euro, wovon rd. 4,3 Mio. Euro auf den Zinsaufwand für Investitionskredite und rd. 1,6 Mio. Euro auf den Zinsaufwand für Liquiditätskredite entfallen (vgl. Quartalsbericht III/2023 zum Zins- und Schuldenmanagement, DS 1562/2023/2). Darüber hinaus führt neben den höheren Marktzinsen die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens zu einem Anstieg der Zinserträge.

3.4 Geschäftsbereich 3 [Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.032.320	3.032.320	2.544.875	-487.445	-16,07
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	69.935.988	69.935.988	70.610.835	674.847	0,96
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.179.450	1.179.450	1.205.400	25.950	2,20
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.779.931	15.779.931	13.838.997	-1.940.934	-12,30
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	23.716.827	23.716.827	25.885.402	2.168.575	9,14
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	6.045	6.045	620	-5.425	-89,74
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	113.650.560	113.650.560	114.086.129	435.568	0,38
11	- Personalaufwendungen	119.888.032	119.888.032	128.517.309	8.629.278	7,20
12	- Versorgungsaufwendungen	51.323.252	51.323.252	52.802.236	1.478.984	2,88
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.898.239	13.898.239	16.564.202	2.665.963	19,18
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.162.839	5.162.839	5.654.561	491.722	9,52
15	- Transferaufwendungen	676.400	676.400	976.400	300.000	44,35
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.243.094	37.243.094	43.810.452	6.567.358	17,63
17	= Ordentliche Aufwendungen	228.191.857	228.191.857	248.325.160	20.133.303	8,82
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-114.541.297	-114.541.297	-134.239.032	-19.697.735	17,20
19	+ Finanzerträge	1.500	1.500	1.500	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	1.500	1.500	1.500	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-114.539.797	-114.539.797	-134.237.532	-19.697.735	17,20
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-114.539.797	-114.539.797	-134.237.532	-19.697.735	17,20
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	387.386	387.386	387.386	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	7.059.152	7.059.152	7.099.077	39.925	0,57
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-121.211.563	-121.211.563	-140.949.223	-19.737.660	16,28

Der Geschäftsbereich 3 prognostiziert eine negative Abweichung vom fortgeschriebenen Planansatz i. H. v. rd. 19,7 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf Verschlechterungen bei den ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 20,1 Mio. Euro zurückzuführen ist.

Hier führen Personalzuwächse u. a. durch neu geschaffene überplanmäßige Einsätze, organisatorische Veränderungen in den Fachbereichen sowie der Tarifabschluss zu höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 10,1 Mio. Euro.

Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro sowie bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen i. H. v. rd. 6,6 Mio. Euro werden insbesondere im Bereich der Feuerwehr in den Produktgruppen „Gefahrenabwehr“ und „Rettungsdienst“ sowie im Bereich der Ausländerangelegenheiten erwartet.

Bei den Erträgen wird eine positive Abweichung i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro prognostiziert.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0092	Geschäftsbereichsbüro GB3	-1.965.223	-1.823.804	+141.420
FB30	Rechtsamt	-4.514.238	-4.530.653	-16.415
FB32	Ordnungsamt	-7.673.398	-6.630.441	+1.042.957
FB33	Einwohneramt	-13.834.733	-16.001.398	-2.166.665
FB37	Feuerwehr	-77.728.597	-93.622.675	-15.894.078
FB38	ZAB, Staatsangehörig.- u. Ausländerangel.	-8.823.608	-11.628.561	-2.804.953
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-114.539.797	-134.237.532	-19.697.735

Ordnungsamt (FB 32):

Das Ordnungsamt prognostiziert eine Verbesserung der laufenden Verwaltungstätigkeit i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro. Hierin sind saldierte Personalmehraufwendungen i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro berücksichtigt. Die verbleibende Verbesserung resultiert aus Entwicklungen in den folgenden Produktgruppen:

Verkehrsüberwachung (+ 2,2 Mio. Euro)

Hier werden aufgrund der Fallzahlenentwicklung Mehrerträge bei den Buß- und Verwarngeldern i. H. v. rd. 2,1 Mio. Euro erwartet. Bereits im Jahr 2022 konnten in der Verkehrsüberwachung Mehrerträge aus Buß- und Verwarngeldern erzielt werden. Diese Entwicklung setzt sich nach Beendigung der Corona-Pandemie auch im Jahr 2023 fort. Des Weiteren wird mit Minderaufwendungen i. H. v. rd. 0,1 Mio. Euro gerechnet.

Allgemeine Sicherheit und Ordnung (- 0,5 Mio. Euro)

Ergebnisverschlechternd wirken sich in diesem Bereich insbesondere die Zuschusserhöhung an das Essener Tierheim um rd. 0,3 Mio. Euro sowie die Erweiterung der Grillzonen im Essener Stadtgebiet aus. Hieraus resultieren Aufwendungen für die bisher nicht geplante Überwachung der Grillzonen mit Unterstützung der RGE i. H. v. voraussichtlich rd. 0,4 Mio. Euro (vgl. DS 0785/2023/6).

Einwohneramt (FB 33):

Für das Einwohneramt wird derzeit eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro prognostiziert, die im Wesentlichen zurückzuführen ist auf die Entwicklungen in den Bereichen:

Meldeangelegenheiten (- 1,0 Mio. Euro)

Die prognostizierte Verschlechterung ist insbesondere auf die zu erwartenden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro zurückzuführen. Dies ist in einer erhöhten Nachfrage nach Dokumenten bei gleichzeitig gestiegenen Beschaffungs- und Fachverfahrenskosten begründet, die nicht vollständig auf die Verwaltungsgebühren umgelegt werden können. Daher kann nur ein Teil der Mehraufwendungen durch entsprechende Mehrerträge bei den Verwaltungsgebühren i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro kompensiert werden. Zudem ergeben sich Personalmehraufwendungen i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro.

KFZ-Zulassungsangelegenheiten (- 1,1 Mio. Euro)

Die Haushaltsverschlechterung ergibt sich insbesondere aus Mehraufwendungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro, bedingt durch den Personalzuwachs bei der KFZ-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde. Zudem sind aufgrund gestiegener Fachverfahrenskosten Mehraufwendungen bei den Sachkosten i. H. v. rd. 0,1 Mio. Euro zu erwarten.

Feuerwehr (FB 37):

Der Fachbereich 37 prognostiziert eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 15,9 Mio. Euro, wovon rd. 7,3 Mio. Euro auf höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen entfallen. Diese resultieren mit rd. 7,1 Mio. Euro aus der Einrichtung zusätzlicher Stellen im Rahmen der Umorganisation der Feuerwehr. Wesentlich sind die Entwicklungen in den folgenden Produktgruppen:

Gefahrenabwehr (- 4,2 Mio. Euro)

Hier resultieren aus der Umsetzung der Bedarfspläne neben den gestiegenen Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro auch zusätzliche Mehraufwendungen, insbesondere für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro und für die Unterhaltung von Fahrzeugen i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro.

Rettungsdienst (- 11,7 Mio. Euro)

In diesem gebührenfinanzierten Teilplan werden steigende Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 4,7 Mio. Euro sowie eine weitere saldierte Verschlechterung i. H. v. rd. 6,7 Mio. Euro erwartet. Diese setzen sich zusammen aus Mehraufwendungen i. H. v. rd. 6,2 Mio. Euro, insbesondere:

- Fallzahlsteigerungen sowie inflationsbedingte Kostensteigerungen für Transporte wirken sich negativ auf das Ergebnis aus. Die Transportleistungen werden zunehmend an externe Dienstleister wie Hilfsorganisationen und Krankenhäuser vergeben und führen nach aktueller Prognose zu einer Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 4,9 Mio. Euro.
- Inflationsbedingt sind die Preise für Ersatzteile stark gestiegen, sodass die Prognosedaten für die Haltung von Fahrzeugen um rd. 0,7 Mio. Euro über dem Planansatz liegen.
- Ebenfalls steigen die Aufwendungen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung wegen der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans um rd. 0,7 Mio. Euro.
- Zudem steigen die Aufwendungen für die durch das ESH erbrachten Leistungen im Vergleich zum Ansatz um rd. 0,4 Mio. Euro.
- Aufwandsmindernd wirkt sich hingegen mit rd. 1,5 Mio. Euro die zeitliche Verzögerung bei der Beschaffung von Dienstkleidung aus.

Zudem ergeben sich anhand der prognostizierten Einsatzzahlen geringere Rettungsdienstgebühren i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro. Der Bereich Rettungsdienst ist grundsätzlich durch Gebühren refinanziert. Eine Berücksichtigung der Mehraufwendungen kann jedoch erst mit Erlass einer neuen Gebührensatzung erfolgen, sodass erst in den Folgejahren mit steigenden Gebührenerträgen zu rechnen ist. Die Refinanzierung erfolgt folglich mit Zeitversatz und führt zu einer Ergebnisbelastung des laufenden Haushaltsjahres.

Zentrale Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten (FB 38):

Der Fachbereich 38 prognostiziert eine Ergebnisverschlechterung in. H. v. rd. 2,8 Mio. Euro, welche sich aus den folgenden Produktgruppen zusammensetzen:

Ausländerangelegenheiten (- 3,4 Mio. Euro)

Hier ergibt sich, bedingt durch überplanmäßige Einsätze, eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,9 Mio. Euro aufgrund von Mehraufwendungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen. Zusätzlich werden Mehraufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro erwartet, die insbesondere durch höhere Erträge bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro kompensiert werden können.

Zentrale Ausländerbehörde (+ 0,6)

Die Zentrale Ausländerbehörde ist zu 100 % landesfinanziert und weist daher in der aktuellen Prognose ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die positive Abweichung zum Planansatz ist auf geringere Personalaufwendungen zurückzuführen.

3.5 Geschäftsbereich 4 [Jugend, Bildung und Kultur]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	181.158.947	181.158.947	224.547.777	43.388.830	23,95
3	+ Sonstige Transfererträge	12.744.251	12.744.251	14.135.156	1.390.905	10,91
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27.412.333	27.412.333	30.214.100	2.801.768	10,22
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.838.125	4.838.125	3.724.512	-1.113.612	-23,02
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	33.359.533	33.359.533	35.657.930	2.298.397	6,89
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	5.363.855	5.363.855	9.008.544	3.644.689	67,95
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	264.877.043	264.877.043	317.288.020	52.410.976	19,79
11	- Personalaufwendungen	145.132.473	145.132.473	151.086.551	5.954.077	4,10
12	- Versorgungsaufwendungen	9.495.400	9.495.400	9.238.547	-256.853	-2,71
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41.939.443	41.939.443	78.723.985	36.784.542	87,71
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.103.011	2.103.011	2.338.227	235.217	11,18
15	- Transferaufwendungen	512.158.214	512.158.214	560.635.175	48.476.961	9,47
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.486.751	40.487.584	45.083.453	4.595.869	11,35
17	= Ordentliche Aufwendungen	751.315.292	751.316.125	847.105.939	95.789.813	12,75
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-486.438.249	-486.439.082	-529.817.919	-43.378.837	8,92
19	+ Finanzerträge	10.000	10.000	10.000	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	33.592	33.592	643	-32.949	-98,09
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-23.592	-23.592	9.357	32.949	-139,66
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-486.461.840	-486.462.674	-529.808.562	-43.345.888	8,91
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-486.461.840	-486.462.674	-529.808.562	-43.345.888	8,91
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	40.655.398	40.655.398	40.655.398	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	130.131.928	130.131.928	130.131.928	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-575.938.371	-575.939.204	-619.285.092	-43.345.888	7,53

Der Geschäftsbereich 4 schließt das dritte Quartal 2023 mit einer prognostizierten Verschlechterung zum Ende des Haushaltsjahres 2023 i. H. v. rd. 43,4 Mio. Euro ab, das entspricht einer Verschlechterung von 7,53 % im Vergleich zum fortgeschriebenen Haushaltsansatz.

Maßgeblich für diese Entwicklung sind zwei Produktgruppen des Jugendamtes mit signifikant steigenden Transferaufwendungen:

- Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien (rd. 27,6 Mio. Euro) und
- Tageseinrichtungen für Kinder (rd. 4,7 Mio. Euro)

sowie der „Digitalpakt Schule“ (Fachbereich Schule) in Höhe des nicht geplanten städtischen Eigenanteils mit rd. 7,8 Mio. Euro.

Von den steigenden Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 5,8 Mio. Euro entfallen auf die beiden o. g. Produktgruppen des Jugendamtes rd. 2,6 Mio. Euro bzw. rd. 1,9 Mio. Euro.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0095	Geschäftsbereichsbüro GB4	-58.721.497	-58.825.438	-103.941
FB40	Fachbereich Schule	-74.626.344	-83.533.590	-8.907.246
FB41	Kulturamt	-5.972.368	-6.291.423	-319.055
FB41-3	Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv	-1.518.982	-1.709.092	-190.110
FB41-4	Alte Synagoge/Haus jüdischer Kultur	-376.075	-362.038	+14.037
FB42	Stadtbibliothek	-7.963.126	-7.888.029	+75.097
FB43	Volkshochschule	-2.210.664	-2.267.837	-57.173
FB44	Folkwang Musikschule	-4.659.240	-4.555.555	+103.685
FB45	Museen der Stadt Essen	-4.261.740	-4.822.476	-560.736
FB51	Jugendamt	-326.152.638	-359.553.084	-33.400.446
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-486.462.674	-529.808.562	-43.345.888

Die Abweichungen im Geschäftsbereichsbüro des GB 4 sowie in den kulturellen Fachbereichen und Instituten (Fachbereiche 41, 41-3, 41-4, 42, 43, 44 und 45) saldieren sich auf rd. 1,0 Mio. Euro und sind im Wesentlichen auf die Veränderungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie auf Mindererträge bei den Teilnehmerentgelten für die Volkshochschule (rd. 0,3 Mio. Euro) zurückzuführen.

Fachbereich Schule (FB 40):

Der Fachbereich Schule prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 8,9 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf den städtischen Eigenanteil beim Projekt „Digitalpakt Schule“ zurückzuführen ist. Hier stehen Mehrerträge (Zuwendungen vom Land) i. H. v. rd. 21,2 Mio. Euro Mehraufwendungen i. H. v. rd. 29,8 Mio. Euro gegenüber. Weiterhin stehen Verbesserungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen saldierten Verschlechterungen i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro gegenüber, die sich im Wesentlichen in nachfolgenden Produktgruppen darstellen:

Alfried-Krupp-Schulmedienzentrum (AKSMZ) (- 0,4 Mio. Euro)

Die Verschlechterung ist auf die Fördermaßnahme „IT-Administration“ (Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt 2019 – 2024) zurückzuführen. Es entstehen Mindererträge, da der vom Land geförderte Stundensatz für externe IT-Supportleistungen an Schulen deutlich unter dem tatsächlichen Stundensatz liegt.

Gesamtschulen (- 0,4 Mio. Euro)

Die Verschlechterung entsteht aufgrund von Mehraufwendungen für Sicherheitsdienstleistungen.

OGS und Grundschule (+ 0,3 Mio. Euro)

Aus der OGS-Gruppenerweiterung im Schuljahr 2023/2024 resultieren höhere Zuschüsse an die JHE i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro sowie höhere Aufwendungen für Küchenkräfte i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro. Die Gruppenerweiterung wird durch Mehrerträge aus Landeszuweisungen i. H. v. rd. 1,3 Mio. Euro sowie Elternbeiträge i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro refinanziert.

Ebenfalls entstehen Verbesserungen i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro, da der Schulmilchlieferant zurückgetreten ist und aktuell keine Schulmilch ausgeliefert wird.

Jugendamt (FB 51):

Das Jugendamt prognostiziert zum Stichtag 30. September 2023 eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 33,4 Mio. Euro. Davon sind rd. 5,1 Mio. Euro auf höhere Personalaufwendungen zurückzuführen. Bei den verbleibenden rd. 28,3 Mio. Euro handelt es sich im Wesentlichen um saldierte Veränderungen der nachfolgenden Produktgruppen:

Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien (-24,9 Mio. Euro)

Die Produktgruppe weist über die oben benannten Veränderungen bei den Personalaufwendungen (rd. 2,6 Mio. Euro) hinaus eine Verschlechterung i. H. v. rd. 24,9 Mio. Euro aus. Mehraufwendungen entstehen im Rahmen der Gewährung von ambulanten Hilfen (rd. 4,7 Mio. Euro) und stationären Hilfen (rd. 20,1 Mio. Euro).

Tageseinrichtungen für Kinder (-2,7 Mio. Euro)

In der Produktgruppe führen im Wesentlichen die nicht vollständig durch das Land refinanzierten Betriebskostenzuschüsse an die freien Träger zu der Verschlechterung. Hintergrund ist die Anhebung der Fortschreibungsraten nach § 37 Kinderbildungsgesetz (KiBiz).

Unterhaltsvorschussleistungen (- 1,4 Mio. Euro)

Die Mehrbelastungen sind auf steigende Unterhaltsvorschussbeiträge und Fallzahlen zurückzuführen.

Kinder in Tagespflege (- 0,7 Mio. Euro)

Mehraufwendungen i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro für Entgeltzahlungen an Tagespflegepersonen werden nicht vollständig durch Landeszuschüsse (rd. 0,6 Mio. Euro) und Elternbeiträgen (rd. 0,9 Mio. Euro) kompensiert.

3.6 Geschäftsbereich 5 [Soziales, Arbeit und Gesundheit]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	22.399.309	22.399.309	41.414.149	19.014.840	84,89
3	+ Sonstige Transfererträge	24.564.178	24.564.178	22.484.470	-2.079.709	-8,47
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	914.412	914.412	1.874.412	960.000	104,99
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.500	7.500	7.500	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	867.372.337	867.372.337	872.738.207	5.365.870	0,62
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.985.222	3.985.222	4.125.694	140.471	3,52
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	919.242.957	919.242.957	942.644.431	23.401.473	2,55
11	- Personalaufwendungen	109.992.587	109.992.587	109.707.009	-285.578	-0,26
12	- Versorgungsaufwendungen	18.200.091	18.200.091	18.427.228	227.138	1,25
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.650.946	11.650.946	20.349.230	8.698.284	74,66
14	- Bilanzielle Abschreibungen	72.425	72.425	82.897	10.472	14,46
15	- Transferaufwendungen	1.082.766.054	1.082.766.054	1.110.075.949	27.309.895	2,52
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.125.559	9.125.559	9.439.244	313.685	3,44
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.231.807.662	1.231.807.662	1.268.081.558	36.273.896	2,94
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-312.564.704	-312.564.704	-325.437.127	-12.872.423	4,12
19	+ Finanzerträge	2.000	2.000	2.000	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	2.000	2.000	2.000	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-312.562.704	-312.562.704	-325.435.127	-12.872.423	4,12
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-312.562.704	-312.562.704	-325.435.127	-12.872.423	4,12
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.473	2.473	2.473	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	9.989.380	9.989.380	9.989.380	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-322.549.611	-322.549.611	-335.422.034	-12.872.423	3,99

Im Geschäftsbereich 5 wird eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 12,9 Mio. Euro prognostiziert, Mehraufwendungen i. H. v. rd. 36,3 Mio. Euro stehen Mehrerträge i. H. v. rd. 23,4 Mio. Euro gegenüber.

Die Mehrerträge werden größtenteils bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. 19,0 Mio. Euro erwartet:

- rd. 10,9 Mio. Euro aus den periodisch abgegrenzten Bundeszuwendungen des Jahres 2022, davon rd. 7,8 Mio. Euro aus der Bundesbeteiligung an Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine beim Amt für Soziales und Wohnen und rd. 3,1 Mio. Euro für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ im Rahmen des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD).
- Darüber hinaus wurden Landesmittel aus dem „Sondervermögen Krisenbewältigung“ i. H. v. rd. 13,0 Mio. Euro (rd. 7,8 Mio. Euro „Stärkungspakt“ zzgl. rd. 5,2 Mio. Euro „Sondervermögen Krisenbewältigung“) vom Amt für Soziales und Wohnen vereinnahmt.
- Dem gegenüber stehen geringere Erstattungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) i. H. v. rd. 5,4 Mio. Euro.

Bei den sonstigen Transfererträgen führen neu eingeführte Karenzzeiten und Bagatellgrenzen im Fachbereich 56 zu Mindererträgen i. H. v. rd. 2,1 Mio. Euro bei den Erstattungsansprüchen gem. § 102 ff. Sozialgesetzbuch (SGB) X.

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten ergeben sich Mehrerträge i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro aus Benutzungsgebühren für Geflüchtete aus der Ukraine in den Unterkünften.

Die prognostizierten Mehraufwendungen i. H. v. rd. 36,3 Mio. Euro entfallen mit rd. 27,4 Mio. Euro auf die Transferaufwendungen und rd. 8,7 Mio. Euro auf Sach- und Dienstleistungen.

Die höheren Transferaufwendungen i. H. v. rd. 27,4 Mio. Euro setzen sich aus den nachfolgenden Leistungen zusammen:

- rd. 16,7 Mio. Euro Leistungen nach dem SGB II beim Fachbereich 56,
- rd. 5,7 Mio. Euro Eingliederungshilfen nach dem SGB IX beim Fachbereich 50,
- rd. 3,4 Mio. Euro Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG),
- rd. 1,9 Mio. Euro Hilfe zur Gesundheit.

Die zusätzlichen Aufwendungen im Kontext des „Stärkungspakts NRW“ (rd. 7,8 Mio. Euro) sind in dieser Aufstellung in den einzelnen Segmenten enthalten.

Positiv wirkt sich weiterhin die zum 01. Januar 2022 eingeführte Pflegereform aus.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0096	Geschäftsbereichsbüro GB5	-5.786.843	-6.846.420	-1.059.577
FB50	Amt für Soziales und Wohnen	-170.107.825	-182.669.588	-12.561.763
FB53	Gesundheitsamt	-13.854.209	-14.741.925	-887.715
FB56	JobCenter Essen	-122.813.827	-121.177.195	+1.636.632
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-312.562.704	-325.435.127	-12.872.423

Geschäftsbereichsbüro GB5 (FB0096):

Für das Geschäftsbereichsbüro des GB 5 wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro prognostiziert, welche sich insbesondere aus der Zuschusserhöhung an die EABG-Gruppe ergibt.

Amt für Soziales und Wohnen (FB 50):

Insgesamt wird im Fachbereich 50 eine Verschlechterung i. H. v. rd. 12,6 Mio. Euro prognostiziert, die i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro auf Personal- und Versorgungsaufwendungen entfällt.

Weitere Ergebnisbelastungen i. H. v. rd. 10,9 Mio. Euro entfallen auf folgende Bereiche:

Eingliederungshilfe nach SGB IX (- 5,7 Mio. Euro)

Eine belastbare Einschätzung der finanziellen Entwicklung im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung im Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers war bei der Haushaltsplanung nur schwer möglich. Nach der Corona-Pandemie werden Eingliederungshilfen inzwischen wieder normal in Anspruch genommen bzw. nehmen bei der Teilhabe zur Bildung zu. Neben steigenden Empfängerzahlen führen hier auch Kostensteigerungen zu höheren Aufwendungen.

Leistungen für Asylbewerber (- 5,5 Mio. Euro)

- Mehrbelastungen i. H. v. rd. 6,7 Mio. Euro im Bereich der originären Flüchtlingsaufwendungen für Geflüchtete aus der Ukraine.
- Mehrbelastungen i. H. v. rd. 5,4 Mio. Euro im Bereich der Hilfen nach dem § 3 AsylbLG, bedingt durch geringere FlüAG-Erstattungen i. H. v. rd. 7,2 Mio. Euro bei geringeren Aufwendungen i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro.
- Verbesserung i. H. v. rd. 6,5 Mio. Euro im Bereich der Hilfen nach § 2 AsylbLG. Hier liegen die Empfängerzahlen und Durchschnittskosten unter dem Planwert.

Hilfe zur Gesundheit (- 1,9 Mio. Euro)

Auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen wurden ab dem 01. Juni 2022 Personen mit ukrainischem Fluchthintergrund in das Regelsystem des SGB XII überführt. Hiermit einher geht auch der Wechsel der Krankenversorgung von der Akutversorgung über das AsylbLG in einen regulären Krankenversorgungsanspruch gemäß § 264 SGB V.

Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX (- 1,0 Mio. Euro)

Die Verschlechterung ergibt sich insbesondere aus einer Verzögerung im Vergabeverfahren, wodurch das Scan-Projekt im Jahr 2022 nicht abgeschlossen werden konnte sowie aus höheren Untersuchungskosten.

Sonstige soziale Leistungen (- 0,4 Mio. Euro)

- Nach der Corona-Pandemie sind die Empfängerzahlen und damit auch die Aufwendungen für Bildung und Teilhabe (BuT) i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro gestiegen. Die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt mit Einführung des WohngeldPlus-Gesetzes weiter an.
- Bedarfsreduzierend wirken sich hier die Erträge aus dem „Sondervermögen Krisenbewältigung“ i. H. v. rd. 1,3 Mio. Euro aus.

Soziale Einrichtungen für Aussiedler/Ausländer (+ 0,9 Mio. Euro)

- Für Sicherheitsdienstleistungen in Unterkünften für Geflüchtete aus der Ukraine wird mit Aufwendungen i. H. v. rd. 3,8 Mio. Euro kalkuliert. Zusätzlich führt die Anschaffung von Haushaltsgeräten zu einer Verschlechterung i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro.
- Demgegenüber stehen Erträge i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro aus Benutzungsgebühren für die gleiche Personengruppe sowie Erträge aus der Beteiligung des Landes aus dem „Sondervermögen Krisenbewältigung“ i. H. v. rd. 3,9 Mio. Euro.

Hilfe zur Pflege (+ 1,3 Mio. Euro)

- Im Bereich der ambulanten Hilfe zur Pflege wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 3,2 Mio. Euro kalkuliert. Diese Steigerung ist auf einen deutlichen Anstieg der Durchschnittskosten zurückzuführen.
- Bei der stationären Pflege haben sich die durchschnittlichen Aufwendungen und die Zahl der Hilfeempfänger in den ersten Monaten des Jahres 2023 kontinuierlich erhöht, liegen aber weiterhin unter den Planwerten. Hieraus resultiert eine Verbesserung i. H. v. rd. 4,5 Mio. Euro.

Leistungen nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW (APG) (+ 1,5 Mio. Euro)

Es ergibt sich eine Verbesserung aufgrund geringerer Empfängerzahlen bei leicht gestiegenen Durchschnittskosten.

Gesundheitsamt (FB 53):Maßnahmen der Gesundheitspflege (- 0,9 Mio. Euro)

Für das Gesundheitsamt wird zum jetzigen Zeitpunkt eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro prognostiziert, die ausschließlich auf Anpassungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen ist.

JobCenter Essen (FB 56):

Für das JobCenter wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro prognostiziert, die i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro auf Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen ist.

Weitere Ergebnisbelastungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro resultieren aus Abweichungen in den folgenden Bereichen:

Leistungen nach dem SGB II bundesfinanziert (- 0,8 Mio. Euro)

Diese Verschlechterung ergibt sich im Wesentlichen aus Mindererträgen bei den Verwaltungskostenerstattungen des Bundes aufgrund personeller Unterbesetzungen in den abrechnungsfähigen Bereichen.

Projektmittel landesfinanziert (+ 0,4 Mio. Euro)

Diese Verbesserung wird durch Mehrerträge beim Projekt „Chance“ aufgrund von Erstattungen für Aufwendungen aus dem Vorjahr begründet

3.7 Geschäftsbereich 6 [Umwelt, Verkehr und Sport]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	26.743.541	26.743.541	21.892.691	-4.850.850	-18,14
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.973.274	17.973.274	17.209.489	-763.786	-4,25
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.125.793	5.125.793	5.562.493	436.700	8,52
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.508.766	1.508.766	1.487.416	-21.350	-1,42
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.113.563	3.113.563	5.693.733	2.580.170	82,87
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	3.425.000	3.425.000	3.425.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	57.889.938	57.889.938	55.270.822	-2.619.116	-4,52
11	- Personalaufwendungen	72.102.086	72.102.086	73.273.621	1.171.534	1,62
12	- Versorgungsaufwendungen	8.575.320	8.575.320	8.479.985	-95.335	-1,11
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.358.711	51.441.169	50.546.992	-894.177	-1,74
14	- Bilanzielle Abschreibungen	43.244.631	43.244.631	46.471.248	3.226.618	7,46
15	- Transferaufwendungen	34.951.497	34.951.497	37.146.929	2.195.432	6,28
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.120.875	19.120.875	14.744.308	-4.376.567	-22,89
17	= Ordentliche Aufwendungen	229.353.120	229.435.578	230.663.083	1.227.505	0,54
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-171.463.182	-171.545.640	-175.392.261	-3.846.621	2,24
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.500	1.500	1.500	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-1.500	-1.500	-1.500	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-171.464.682	-171.547.140	-175.393.761	-3.846.621	2,24
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-171.464.682	-171.547.140	-175.393.761	-3.846.621	2,24
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.943.661	1.943.661	1.943.661	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	39.533.789	39.533.789	39.533.789	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-209.054.810	-209.137.268	-212.983.889	-3.846.621	1,84

Die prognostizierte Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 3,8 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus einer Erhöhung der bilanziellen Abschreibungen in einem Umfang von rd. 3,2 Mio. Euro, davon rd. 2,5 Mio. Euro im Teilplan „Sport- und Bäderbetriebe Essen“ (SBE) und rd. 0,6 Mio. Euro bei Grün und Gruga (FB 67) sowie einer Steigerung des Personalaufwands um rd. 1,2 Mio. Euro.

Zudem wird für die Transferaufwendungen eine Verschlechterung i. H. v. insgesamt rd. 2,2 Mio. Euro prognostiziert, welche auf erhöhte Zuschüsse an die SBE (rd. 1,8 Mio. Euro) und an die FMR für die Betriebsstätte Nienhausen (rd. 0,4 Mio. Euro) zurückzuführen ist.

Demgegenüber stehen Verbesserungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro und bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen i. H. v. rd. 4,4 Mio. Euro. Letztere ergeben sich insbesondere aus den prognostizierten Minderaufwendungen bei SECAP-Projekten der Grünen Hauptstadt Agentur (FB 06-02).

Auf der Ertragsseite wird eine saldierte Verschlechterung i. H. v. rd. 2,6 Mio. Euro prognostiziert. Diese resultiert überwiegend aus Mindererträgen im Bereich der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. 4,8 Mio. Euro, davon rd. 2,8 Mio. Euro bei der Grünen Hauptstadt Agentur (FB 06-02) und rd. 2,4 Mio. Euro beim Amt für Straßen und Verkehr (FB 66). Darüber hinaus entstehen Mindererträge bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro.

Demgegenüber steht eine Verbesserung der sonstigen ordentlichen Erträge i. H. v. rd. 2,6 Mio. Euro, im

Wesentlichen bei Grün und Gruga (FB67) und bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro, insbesondere aufgrund erhöhter Verkaufserlöse im Grugapark.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0097	Geschäftsbereichsbüro GB6	-34.756.207	-38.924.935	-4.168.728
FB06-01	Steuerungsstelle ÖPNV	-1.828.691	-1.826.235	+2.456
FB06-02	Grüne Hauptstadt Agentur	-8.651.970	-6.973.731	+1.678.239
FB59	Umweltamt	-11.685.290	-11.434.553	+250.737
FB59-6	Veterinär-u. Lebensmittelüberwachungsamt	-4.100.425	-4.368.436	-268.011
FB66	Amt für Straßen und Verkehr	-76.218.485	-78.158.116	-1.939.631
FB67	Grün und Gruga Essen	-34.306.071	-33.707.754	+598.317
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-171.547.140	-175.393.761	-3.846.621

Geschäftsbereichsbüro GB6 (FB 0097):

Im Teilplan Sport und Bäderbetriebe Essen (SBE) wird eine Erhöhung der Aufwendungen i. H. v. rd. 4,2 Mio. Euro prognostiziert. Diese resultiert aus folgenden Sachverhalten:

- rd. 1,0 Mio. Euro Mehraufwand aus der Abschreibung von Ausleihungen an das Sondervermögen (Investitionszuschüsse),
- rd. 1,5 Mio. Euro Mehraufwand aus der Abschreibung einer nicht werthaltigen Kapitaleinlage,
- rd. 1,8 Mio. Euro Mehraufwand aus der überplanmäßigen Mittelbereitstellung aufgrund des Nachtragswirtschaftsplans 2023 (insbesondere für Energie, Instandhaltung und Personal).

Grüne Hauptstadt Agentur (FB 06-02):

Es ergibt sich eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro aus folgenden Sachverhalten:

- rd. 2,8 Mio. Euro Mindererträge bei den Förderprojekten „Photovoltaikanlagen“ und „Modernisierung von privaten Wohngebäuden“ aufgrund nicht realisierbarer Landesfördermittel,
- rd. 5,2 Mio. Euro Minderaufwand bei SECAP-Projekten zur Kompensation nicht realisierbarer Landesfördermittel sowie aufgrund geringerer Umsetzung in 2023,
- rd. 0,7 Mio. Euro Personalmehraufwand.

Amt für Straßen und Verkehr (FB 66):

Insgesamt ergibt sich eine saldierte Verschlechterung i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro. Im Wesentlichen sind hierfür nachfolgende Sachverhalte ursächlich:

- rd. 2,4 Mio. Euro Mindererträge im Bereich der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (geringere Auflösung von Sonderposten für mit Fördermitteln finanzierte Vermögensgegenstände),
- rd. 0,8 Mio. Euro geringere Personal- und Versorgungsaufwendungen.

Grün und Gruga Essen (FB 67):

Aus der aktuellen Prognose ergibt sich aus Mehrerträgen i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro sowie Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro zusammen eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro.

Die Mehrerträge ergeben sich im Wesentlichen aus:

- rd. 1,8 Mio. Euro Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen,
- rd. 0,5 Mio. Euro Verkaufserlöse im Grugapark.

Dem gegenüberstehende Mehraufwendungen sind überwiegend zurückzuführen auf:

- rd. 0,6 Mio. Euro Personal- und Versorgungsaufwendungen,
- rd. 0,6 Mio. Euro Abschreibungen,
- rd. 0,6 Mio. Euro für die Unterhaltung des Grugaparks.

3.8 Geschäftsbereich 7 [Stadtplanung und Bauen]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.374.329	16.374.329	19.884.079	3.509.751	21,43
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.748.644	7.748.644	6.758.644	-990.000	-12,78
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.513.850	15.513.850	15.473.850	-40.000	-0,26
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	855.581	855.581	855.581	0	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	8.061.762	8.061.762	8.117.026	55.265	0,69
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	2.080.000	2.080.000	2.080.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	50.634.165	50.634.165	53.169.181	2.535.015	5,01
11	- Personalaufwendungen	43.859.295	43.859.295	47.704.652	3.845.357	8,77
12	- Versorgungsaufwendungen	8.623.764	8.623.764	8.803.384	179.620	2,08
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	84.455.776	84.455.776	93.696.567	9.240.791	10,94
14	- Bilanzielle Abschreibungen	41.497.575	41.497.575	53.125.050	11.627.475	28,02
15	- Transferaufwendungen	9.919.262	9.919.262	9.919.262	0	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.397.279	44.397.279	47.073.653	2.676.374	6,03
17	= Ordentliche Aufwendungen	232.752.951	232.752.951	260.322.569	27.569.618	11,85
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-182.118.786	-182.118.786	-207.153.388	-25.034.603	13,75
19	+ Finanzerträge	10.748.920	10.748.920	10.748.920	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	850	850	850	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	10.748.070	10.748.070	10.748.070	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-171.370.716	-171.370.716	-196.405.318	-25.034.603	14,61
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-171.370.716	-171.370.716	-196.405.318	-25.034.603	14,61
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	126.366.568	126.366.568	126.366.568	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	17.176.124	17.176.124	17.176.124	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-62.180.272	-62.180.272	-87.214.875	-25.034.603	40,26

Den prognostizierten Verbesserungen bei den ordentlichen Erträgen i. H. v. rd. 2,5 Mio. Euro stehen Verschlechterungen bei den ordentlichen Aufwendungen i. H. v. rd. 27,6 Mio. Euro gegenüber, sodass für den Geschäftsbereich 7 insgesamt eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 25,0 Mio. Euro erwartet wird.

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen der Immobilienwirtschaft führen Mehrerträge aus Landesmitteln für die Unterbringung von Geflüchteten (5,5 Mio. Euro) zusammen mit Mindererträgen aus geringeren Auflösungen von Sonderposten (rd. 2,0 Mio. Euro) zu einer saldierten Verbesserung i. H. v. rd. 3,5 Mio. Euro.

Das Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement kalkuliert bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten Mindererträge aus Baugenehmigungsgebühren i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro aufgrund rückläufiger privater Bauvorhaben.

Die geplanten Personal- und Versorgungsaufwendungen übersteigen tarifbedingt den fortgeschriebenen Ansatz um rd. 4,0 Mio. Euro.

Die Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 9,2 Mio. Euro bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Aufwendungen für die Bauunterhaltung (rd. 5,5 Mio.

Euro) sowie für die Bildung von Rückstellungen (rd. 4,0 Mio. Euro).

Die Erhöhung um rd. 11,6 Mio. Euro bei den bilanziellen Abschreibungen ergibt sich in erster Linie aus der Abschreibung der voraussichtlich nicht werthaltigen Kapitaleinlage an die Immobilien Management Essen GmbH (IME) i. H. v. rd. 10,0 Mio. Euro.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen wird eine saldierte Verschlechterung i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro prognostiziert. Den Mehraufwendungen bei der Immobilienwirtschaft für die Anmietung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete (rd. 3,7 Mio. Euro) stehen Minderaufwendungen beim Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement im Zusammenhang mit Grundstücksverkäufen (rd. 0,6 Mio. Euro) bzw. mit der Grundstückssanierung „Altenbergstraße“ (rd. 0,5 Mio. Euro) gegenüber.

Die Entwicklungen in der Bau- und Energiewirtschaft erschweren weiterhin die Prognose des Jahresergebnisses. Hieraus ergeben sich entsprechende Risiken für den städtischen Haushalt. Insbesondere im Bereich der Energieversorgung ist eine valide Prognose mangels aktueller Abrechnungen sowie aufgrund großer Unsicherheiten auf dem Energiemarkt nicht möglich. Wegen technischer Umstellungen bei den städtischen Lieferanten ist mit einer Rechnungsstellung in 2023 nicht zu rechnen, sodass im Jahresabschluss 2023 voraussichtlich Rückstellungen für ausstehenden Eingangsrechnungen zu bilden sind. In Ermangelung konkreter Erkenntnisse bzw. Kalkulationsgrundlagen hinsichtlich der Abrechnungshöhe werden – abweichend vom bisher prognostizierten Mehraufwand i. H. v. rd. 5,8 Mio. Euro – die bestehenden Ansätze für Energieaufwendungen gegenwärtig als auskömmlich eingeschätzt.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0098	Geschäftsbereichsbüro GB7	5.010.719	-4.968.294	-9.979.012
FB60	Immobilienwirtschaft Stadt Essen	-145.322.191	-162.958.335	-17.636.144
FB61	Amt für Stadtplanung und Bauordnung	-7.948.668	-8.881.607	-932.939
FB62	Amt f. Geoinformation, Vermessung u. Katastr.	-9.479.757	-8.793.317	+686.440
FB68	Amt f. Stadterneuerung u. Bodenmanagem.	-13.630.818	-10.803.765	+2.827.053
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-171.370.716	-196.405.318	-25.034.603

Geschäftsbereichsbüro GB7 (FB 0098):

Die Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 10,0 Mio. Euro ergibt sich aus der Abschreibung der voraussichtlich nicht werthaltigen Kapitaleinlage an die IME.

Immobilienwirtschaft Stadt Essen (FB 60):

Für die Immobilienwirtschaft wird eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 17,6 Mio. Euro prognostiziert, die sich im Wesentlichen aus nachfolgenden Sachverhalten ergibt:

- rd. 5,5 Mio. Euro Mehraufwand im Bereich der Bauunterhaltung/Gebäudeinstandhaltung aufgrund der Steigerung des Baupreisindex und notwendiger Auftragserweiterungen,
- rd. 4,4 Mio. Euro Personal-/Versorgungsmehraufwand,
- rd. 4,0 Mio. Euro Mehraufwand für die Bildung von Rückstellungen für Abbruchmaßnahmen für abgängige Gebäude, einschließlich Entsorgung, Oberflächenwiederherstellung und Renaturierung,
- rd. 2,0 Mio. Euro Mindererträge aus der Auflösung von Sonderposten,
- rd. 1,5 Mio. Euro Mehraufwand aufgrund höherer bilanzieller Abschreibungen.

Für die Unterbringung von Geflüchteten werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 5,5 Mio. Euro prognostiziert. Den Mehraufwendungen stehen Mehrerträge i. H. v. rd. 5,5 Mio. Euro aus Landesmitteln für die Schaffung, Unterhaltung und Herrichtung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete entgegen,

sodass aus diesem Sachverhalt keine Ergebnisverschlechterung entsteht.

Amt für Stadtplanung und Bauordnung (FB 61):

Die prognostizierte Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro ergibt sich im Wesentlichen aus Mindererträgen i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro bei den Baugenehmigungsgebühren aufgrund der rückläufigen Entwicklung von großen Bauvorhaben privater Bauherren.

Amt für Geoinformation, Vermessung und Kataster (FB 62):

Die Einstellung von Personal für den technischen Dienst gestaltet sich langwierig und führt voraussichtlich zu geringeren Personalaufwendungen i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro.

Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement (FB 68):

Ursächlich für die prognostizierte Verbesserung i. H. v. rd. 2,8 Mio. Euro sind folgende wesentliche Entwicklungen:

- Die Grundstücksentwicklung und -sanierung „Pläßweidenweg“ verzögert sich und kann erst in den kommenden Jahren umgesetzt werden (rd. 0,9 Mio. Euro Minderaufwand).
- Im Stadterneuerungsgebiet Kupferdreh kann die Verfüllung der Überwölbung Deilbach nicht mehr in 2023 durchgeführt werden (rd. 0,7 Mio. Euro Minderaufwand).
- Es entstehen Minderaufwendungen im Zusammenhang mit Verkäufen von Grundstücken aufgrund einer priorisierten Bearbeitung der Ankäufe von Grundstücken für Schulbau, Feuerwehr, Kita und sonstiger Infrastruktur (rd. 0,6 Mio. Euro).
- Im Sanierungsgebiet Altenessen/Nordviertel entfällt die Sanierung des Grundstücks „Altenbergstraße“. Die Vermarktung der Flächen entfällt, da dort ein Schulstandort entstehen soll (rd. 0,5 Mio. Euro Minderaufwand).